

Dr. Siegfried Broß

Dr. h.c. Universitas Islam Indonesia – Yogyakarta –

Richter des Bundesverfassungsgerichts a.D.

Honorarprofessor an der Universität Freiburg im Breisgau

Ehrevorsitzender der Juristischen Studiengesellschaft Karlsruhe und der Deutschen  
Sektion der Internationalen Juristenkommission e.V.

Vortrag am 5. März 2013 bei der Mitgliederversammlung von Pro Justiz e.V. in  
München

Thema: "**EUROPA - Gesellschaft im Wandel**"

Einführung

Die weltweite Finanzmarktkrise und in ihrem Gefolge die Eurokrise mit ihren verheerenden Folgen für mehrere Mitgliedstaaten, zunächst vor allem Griechenland, aber auch Spanien, Portugal und nunmehr Zypern, gibt Anlass, auch in der Vereinigung Pro Justiz über die Gesellschaft im Wandel nachzudenken. Die Armut wächst innerhalb der Europäischen Union und auch in Deutschland, wenn inzwischen etwa 15 % der Bevölkerung an der Armutsgrenze leben bei erschreckend hohen prekären Arbeitsverhältnissen von über 7 Millionen in Deutschland, innerhalb der Europäischen Union – jedenfalls statistisch – mindestens etwa 30 Millionen Menschen ohne Arbeit sind und die Arbeitslosigkeit junger Menschen z.B. in Griechenland eine Quote von etwa 50 % und in Spanien von 40 % erreicht hat. Begleitet wurde diese Entwicklung unbemerkt – zum Teil gleichsam vorbereitend – von der Dominanz ökonomischen Denkens von der Gemeinschaftsebene her, die dem Wettbewerbsgedanken und einer ökonomischen Sicht der elementaren Strukturprinzipien für ein Staatswesen die "wertbildende" Funktion zugemessen hat. Flankiert wurde diese Sicht in Deutschland etwa durch eine Theorie des "Gewährleistungsstaates", die den Staat auch aus elementaren Bereichen der Daseinsvorsorge und selbst der öffentlichen Sicherheit zurückdrängen möchte. Bei dieser Umgestaltung der rechtsstaatlichen Demokratie geht es nicht allein um die Privatisierung etwa von Verkehrsinfrastruktur und Post wie auch die Versorgung der

Bevölkerung mit Wasser und Elektrizität oder die Beseitigung von Abwasser und Müll. Vielmehr steht die Ökonomisierung der Justiz an, wie Teilprivatisierungen im Strafvollzug, der Deal und die Mediation verdeutlichen.

Damit einher geht eine Verschiebung des Menschenbildes, wie sie dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland nicht entspricht; denn die Würde des Menschen kann nicht in Euro oder Cent bemessen werden, ebenso sind Demokratie, Rechts- und Sozialstaat Werte an sich und unabdingbare Voraussetzung für ihr Gelingen ist eine stabile und in sich ruhende Gesellschaft.

Diesen Zusammenhängen geht der Vortrag nach.